

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss, Erhard Demmer, für die Kreistagssitzung am 30. März 2011

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Lassen Sie mich zunächst dem Kämmerer, Herrn Graul, und der Kämmerei, vertreten durch Frau Rönicke, Dank sagen. Sie haben die Beantwortung unserer Fragen und Nachfragen koordiniert und uns damit interessante Neuigkeiten beschert, die in einer der nächsten Ältestenratsitzungen eine Rolle spielen werden.

Die HH-Rede 2011 trage ich für meine Fraktion unter völlig anderen politischen Rahmenbedingungen als alle bisherigen Reden vor.

Mir / uns allen, fällt es schwer, über den Kreishaushalt zu reden. Zu sehr bewegt uns Grüne, ebenso wie viele und immer mehr Menschen, angesichts des Super-GAU in Japan die Frage, wie wir aus dieser menschenfeindlichen Energiegewinnung endgültig aussteigen können.

Dieser Tage telefonierte ich mit einem Freund, unsere Kinder sind 1986 geboren – kurz vor und kurz nach Tschernobyl. „Weißt du noch“, fragte er mich, „wie wir damals gebangt haben: Kinder durften nicht im Sandkasten spielen, Obst und Gemüse wurden mit Becquerel-Angaben versehen, wir kauften noch unbelastete Hipp-Gläschen auf Vorrat und hatten Angst um das Wohlergehen unserer Kinder?“

Nun, 25 Jahre später, erleben wir, nach etlichen Störfällen, den nächsten Super-GAU. Wenn auch nicht so hautnah, sondern durch die Distanz der bewegten Bilder gefiltert. Dennoch: Die apokalyptischen Bilder, die an ältere Science Fiction-Filme erinnern, zeigen die zerstörerische Kraft einer lebensfeindlichen Technologie, von der wir ja schon lange wissen:

Das atomare Restrisiko ist das, das uns den Rest geben könnte.

Nun steht im Rhein-Kreis Neuss bzw. in der Region kein Atomkraftwerk.

Zwar wurde über den sogenannten Silbersee in diesem Kontext häufiger diskutiert, zum Glück, muss man heute sagen, behinderten aber Altlasten die weitere Planung.

Auch Jülich kam nicht über den Versuchsreaktorstatus hinaus und Kalkar wurde - dank politischer Gegenwehr gegen die damalige große atompolitische Koalition – nicht gebaut. Die politische Haltung zur Atomkraft hat sich insgesamt geändert.

Nicht nur, dass eine stabile Mehrheit der Bevölkerung AKWs ablehnt, auch Gewerkschaften und SPD bekennen sich zu neuen energiepolitischen Konzepten und die Linke trennt nicht mehr zwischen „guten“ sozialistischen und „bösen“ kapitalistischen AKWs. Die CDU eiert in der Frage „Wie hältst du es mit der Atomkraft?“ kurz vor Ostern kräftig rum.

Einzig die FDP steht zur Atomenergie in Treue fest und wirft uns Grünen durch ihren Kreisvorsitzenden Populismus vor. Er folgt damit der Berliner Parteilinie, die sich durch Rechthaberei und nonchalante Wählerverhöhnung auszeichnet.

Es muss Schluss sein mit dem Geschwätz von den Brückentechnologien. Diese Energiepolitik ist nicht mehr tragfähig. Während die eine Brücke quasi implodiert ist, führt die andere – und das sagen wir Grüne schon seit Jahrzehnten – in die Sackgasse.

Die Rede ist von der Dinosaurier-Technologie Braunkohleverstromung, die nicht nur dafür sorgt, dass Kirchen und Friedhöfe, Häuser und Gärten, Bauernhöfe und fruchtbare Felder abgebaggert werden, sondern die dazu auch noch mit der Kohleverstromung die Gesundheit der Menschen im Rhein-Kreis Neuss gefährdet. (Stichwort: Feinstaubbelastung).

Wir brauchen also eine neue Energiepolitik, die gleichzeitig Klimapolitik ist, nicht nur global, sondern auch regional und lokal.

Wir Grüne haben dazu in einem umfangreichen Antrag von Juni 2007 vielfältige Vorschläge gemacht, die zwar vordergründig wohlwollend aufgenommen, aber nicht vorangetrieben, sondern abgemildert und zerredet werden.

Nun könnte man sagen: Ist doch klar, wer gönnt den Grünen schon politischen Erfolg? Aber das ist zu einfach. Wir Grüne erleben immer wieder, dass in Sonntagsreden, wenn es pauschal um den Ausbau der „Erneuerbaren Energien“ geht, viele zustimmen. Wenn es dann aber konkret wird, geht man auf Distanz.

So auch der Geschäftsführer der CDU-Regionalratsfraktion, Jürgen Steinmetz, der mit dem Satz „Die Nutzung umweltfreundlicher Energien darf nicht zu einer weiteren optischen Umweltverschmutzung führen“ zitiert wird.

Eine neue Wirtschafts-, Klima- und Energiepolitik ist jedoch nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen notwendig. Nur sie schafft neue, zukunftsorientierte, nachhaltige Arbeitsplätze. Stichwort: New Deal.

Mit dem größeren Teil der Mittel aus dem Konjunkturpaket II wurden Projekte zur energetischen Sanierung von Gebäuden finanziert (der kleinere Teil wurde für Klientel-Politik verwendet). Dies muss auch in Zukunft in Zusammenarbeit mit den Kommunen des Rhein-Kreises Neuss fortgesetzt werden.

Die Wirtschaftsförderung hat neben der Entwicklung ökologischer Logistikkonzepte aktiv neue Akzente im Bereich der erneuerbaren Energien zu setzen. Seit Jahren warten wir darauf, dass sich ein solcher Betrieb im Rhein-Kreis Neuss ansiedelt. Die von den Grünen angeschobene Machbarkeitsstudie zur (Biogaserzeugung aus Bioabfall) wird positive Ergebnisse zeigen. Dann wird eine schnelle Umsetzung erforderlich werden.

Der Ausbau der Stromleitungsnetze, gerade auch um küstennah erzeugten Windkraft-Strom ins Binnenland zu leiten, bietet eine Gestaltungschance. Bevor man aber Netze baut, braucht man ein Konzept, das das „Wohin“ und „Wofür“ festlegt. Dafür muss man wissen, welche Energien wo ausgebaut werden sollen. Ein solches Konzept fehlt der Bundesregierung. Der Einsatz akzeptierter Technologien wie Gleichstrom (geringere elektromagnetische Belastung) und Erdkabel wird nicht vorgebracht. 380 kV könnte man problemlos unter die Erde bauen. Darauf bestehen wir, nicht nur im Rhein-Kreis Neuss.

Qualifizierungsmaßnahmen für Berufe im Bereich Energieeinsparung, Erneuerbare Energien, Energieeffizienz sind (wie bereits in unserem Antrag vom 8. März 2008 gefordert) an den Berufskollegs systematisch auszubauen.

Pläne zur Reduzierung der Feinstaubbelastung sind nicht nur zu entwickeln, sondern auch konsequent umzusetzen.

Ein Baustein für einen zukunftsweisenden Klimaschutz stellt die Waldmehrung dar. Die Mittel bleiben weiterhin – entgegen unserem Antrag – gekürzt. Was 2002 auf Schloss Dyck noch als ein wichtiger klima- und wirtschaftspolitischen Beitrag des Rhein-Kreises Neuss herausgestellt wurde, entpuppt sich nun endgültig als Mogelpackung.

Last not least fordert die Kreistagsfraktion von Bündnis90/DIE GRÜNEN die Einführung und Anwendung von ökologischen Qualitätskriterien bei der im nächsten Jahr anstehenden Stromvergabe.

Wir Grüne wollen, dass dieser Kreis gestaltet und nicht nur verwaltet wird. Seit die Freidemokraten den Christdemokraten die Mehrheiten hier im Kreistag sichern, herrscht eher Stillstand. (Das ist fast so wie auf Bundesebene. Die Grünen haben als Juniorpartner der SPD noch den Atomausstieg und das neue Staatsbürgerschaftsrecht nach vorne gebracht, der größte Erfolg der FDP ist bisher die Steuersenkung für Hoteliers). Die wenigen Anträge erschöpfen sich im Berichtsverlangen oder fordern pauschal das ein, was die Verwaltung ohnehin macht bzw. machen muss (siehe Inklusion). In den Haushaltsberatungen wählte die FDP die Nullvariante, die CDU beschränkte sich auf ein paar kleinere Korrekturen.

Statt zu gestalten, beschäftigt sich die Kreispolitik mit langweiligen Evergreens - so z. B. mit dem Verhältnis des Rhein-Kreises Neuss zur Stadt Neuss. Mit diesem Geburtsfehler muss man leben lernen, immer bedenkend, dass der Kreis der Kreis und die Stadt die Stadt ist. Dass unterschiedliche Interessen hier aufeinanderprallen, ist normal. Gestaltende Politik muss austarieren und dann aber Entscheidungen treffen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Märchen von den armen Kommunen und dem reichen Kreis. Erst vor ein paar Tagen hat das Statistische Bundesamt Daten zur kommunalen Kassenstatistik vorgelegt, die ein unterschiedliches Tempo bei der Entwicklung kommunaler Finanzen belegen. Hauptsächlich aufgrund der hohen Sozialaufwendungen hat sich die Lage der Kreisfinanzen weiter verschlechtert. Die Kommunen profitieren hingegen von Steuereinnahmen, die zwar von einem niedrigen Niveau nach dem Wirtschaftseinbruch ausgehen, aber immerhin steigen.

Natürlich ist auch die Einsparung von Kosten sinnvoll. Wenn beide Partner es wollen, können Kooperationen zwischen Kreis und Kommunen in verschiedenen Bereichen Synergieeffekte auslösen. Die gilt es natürlich zu heben.

Dies gilt auch für das Verhältnis Kreis – Land. Hier ist z.B. die Beihilfe u.E. neu zu strukturieren, d.h. als Landesaufgabe für alle Landesbediensteten zu übernehmen.

Das alles, meine Damen und Herren, ist jedoch noch keine gestaltende Politik, wie wir Grüne uns sie vorstellen.

Deshalb freuen wir uns schon auf die Debatte im Juli zur Metropolregion. Dann wird zu klären sein, ob solch eine institutionalisierte Kooperation für den Rhein-Kreis Neuss einen Mehrwert erbringt oder ob dadurch nur ein neuer bürokratischer Wasserkopf geboren wird.

Gestaltende Politik bedeutet auch, dass - wie bereits in der Energie- und Klimapolitik gezeigt - ausgelatschte Pfade verlassen und neue Wege beschritten werden.

Zwei Anträge, die wir in den Haushaltsberatungen des Finanzausschusses gestellt haben, verdeutlichen beispielhaft unsere politischen Vorstellungen zum Wohle der Menschen im Rhein-Kreis Neuss.

Die von uns beantragte Einführung einer Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien - kurz RAA genannt -, wurde abgelehnt.

Das hat uns erstaunt, denn der Schulausschuss hat sich ebenso wie alle Sachkundigen grundsätzlich für die Einführung ausgesprochen.

Der Wegfall der Schulberatung reißt hier Lücken, die RAA könnte sie schließen. Integrationsarbeit, darin sind wir uns hoffentlich einig, muss auch im Rhein-Kreis Neuss ausgebaut und auf hohem Niveau ausgeführt werden. Erstaunt hat uns auch der Grund für die Ablehnung.

Es hieß, die Kommunen seien für eine Einführung nicht zu haben, die Dezernentenkonferenz sei dagegen und die Bürgermeisterkonferenz auch. Haben wir das jetzt richtig verstanden, dass nicht mehr der Kreistag, sondern eine informelle nicht-öffentliche Versammlung von Dorfhäuptlingen die politischen Geschicke des Rhein-Kreises Neuss lenkt? Sind die Zeiten, in der die Kreispolitik eine Ausgleichsfunktion wahrnahm und kommunale Einzelinteressen kritisch prüfte, passé?

Wir Grüne hoffen sehr, dass dies nur ein Missverständnis ist und dass der Kreis nach Zustimmung der Kreispolitik im nächsten Kreisausschuss (wenn es denn heute nicht mehr möglich ist) den Antrag an das Land stellt, die RAA im Rhein-Kreis Neuss einzuführen.

Die Zeit drängt nämlich, Mitbewerber stehen auf der Matte.

Ein zweites Beispiel, wie Politik gestaltet werden soll, ist der Antrag der Grünen, die Verbraucherberatungsmöglichkeiten im Rhein-Kreis Neuss zu verbessern.

Auch er wurde im Finanzausschuss abgelehnt. Dabei wurde die Notwendigkeit mit Daten und Fakten von uns sogar schriftlich untermauert. Umso mehr hat uns dann erstaunt, dass kein Handlungsbedarf gesehen wurde. Offensichtlich war das Problem dem größeren Teil des Ausschusses bisher unbekannt.

Wir Grünen werden deshalb den Antrag im nächsten Kreisausschuss erneut stellen. Wir gehen davon aus, dass wir dabei auf die grundsätzliche Bedeutung von Verbraucherberatung im System der „Sozialen Marktwirtschaft“ nicht einzugehen brauchen, sondern uns über Möglichkeiten der Verbesserung der Beratungssituation für Verbraucher verständigen werden.

Wenn es um Perspektiven für den Rhein-Kreis Neuss geht, werden wir uns auch über eine angemessene Sportpolitik verständigen müssen. Die Stärkung des Breitensports, gerade auch unter dem Aspekt der Gesundheitsprävention, liegt uns am Herzen.

Auch die Unterstützung des Leistungssports und der ihn tragenden Vereine, allerdings ohne Direkthilfen aus dem Kreishaushalt, tragen wir mit. Nicht unterstützen werden wir die Nutzung besonderer Spielwiesen, wie die Olympiateilnahme des Rhein-Kreises Neuss 2012 in London.

Im Herbst, das hat der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Kreistagskollege Fischer, zugesichert, wird über die Weiterentwicklung des Radwegenetzes beraten. Da sind wir gerne mit Vorschlägen zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Kreis Neuss dabei.

Eine Erzählung von Heinrich Böll trägt den Titel „Der Zug war pünktlich“.

Das liest sich heutzutage wie eine Botschaft aus vergangenen Zeiten.

Wir Grüne wollen, dass es wieder eine Nachricht aus der nahen Zukunft wird.

Wir unterstützen die Vertreter des Rhein-Kreises Neuss in den Gremien des Verkehrsverbundes, wenn sie sich ständig und hartnäckig für eine bessere Nutzerqualität in der RB 38, S 8, S11 und im RE 4 einsetzen.

Ebenso stehen Maßnahmen gegen die Explosion des Güterverkehrs auf unseren Straßen an. Wir Grüne im Rhein-Kreis Neuss bekennen uns zum Eisernen Rhein – und ich persönlich auch zur historischen Trasse. Natürlich müssen dabei Lärmschutzmaßnahmen mit geplant werden. Aber es kann z.B. nicht sein, dass eine nicht legale Hauserweiterung in Richtung ursprünglicher Trasse nun als Argument zur Verhinderung derselben benutzt wird.

Beide Bereiche zeigen, dass der Kreis hier zwar fordern, aber nicht bestimmen kann. Hier sind wir abhängig von der Verkehrspolitik des Bundes und die hat bekanntlich das Tempo einer Schnecke und ist mega-straßenbaulastig.

Nun werden sich sicherlich angesichts der vorgestellten Projekte einige von Ihnen fragen: Wie wollen die Grünen das finanzieren?

Bei näherer Betrachtung werden Sie feststellen, dass es sich um eine Summe handelt, die unter 150.000 € liegt und die aus dem allgemeinen Haushalt zu erwirtschaften ist. Zwar hat sich, wie eben bereits angemerkt, die Situation der Kreise durch die gestiegenen Sozialausgaben verschlechtert, doch gibt es Hoffnungsschimmer.

Der Bund hat Entlastung bei den Sozialausgaben angekündigt, was aufgrund des vielbeschworenen Konnexitätsprinzips ja auch selbstverständlich sein sollte und das Land wird die Kreise und Kommunen wie angekündigt umfangreich entlasten. Deshalb haben wir Grüne kein Verständnis für die, die auf der einen Seite diese Entlastung vom Land einfordern, auf der anderen Seite aber mit juristischen Mitteln dagegen vorgehen und dabei ihre selbst geschaffenen Defizite, Stichwort WestLB, sprich: Rüttgers Resterampe, ignorieren.

Wir haben auch kein Verständnis dafür, dass sich die obersten Richter des Landes anmaßen, der demokratisch legitimierten Mehrheit im Parlament und der Regierung die Auswahl der Wirtschaftspolitik zu versagen.

Es ist nämlich falsch, sich in einer Krisensituation kaputtzusparen. Diese neoliberalen Dogmen sind spätestens mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise als praxisuntauglich fortgespült worden.

Auf der anderen Seite ist es jedoch notwendig, die Verschuldung im Sinne der Generationengerechtigkeit mittelfristig abzubauen. Deshalb ist auch die Entschuldungsplanung (einschließlich des Kreditmanagements) sinnvoll.

Der Kreistag und der Finanzausschuss beraten darüber jedoch noch viel zu selten, wie auch die weiteren Fachausschüsse sich kaum mit Zielvereinbarungen befassen. Das aber ist der Kern des NKF!

Nehmen wir als Beispiel die Sozialausgaben: Die Verwaltung streicht die Zuschüsse für die allgemeine Sozialarbeit zusammen, ohne zu wissen, welche Leistungen dahinter stehen, mögliche soziale Kollateralschäden in Kauf nehmend.

Die CDU erhöht im Finanzausschuss die Mittel, eine 15%ige Kürzung bleibt.

Das ist kurzfristig gedacht, nicht nachhaltig und auch nicht zukunftsfähig.

Erforderlich ist aber, sich die Aufgaben und ihre Ausführung genauer anzusehen.

Erforderlich ist, die Produkthaushalte mit Kennziffern und Leistungsbeschreibungen zu hinterlegen.

Ähnlich sieht es bei der Integration von Zuwandern aus:

Auf Bundes-, Landes- und auf Kommunalebene findet eine inhaltliche Diskussion über Fachkräftemangel und gesteuerte Zuwanderung statt – nur im Rhein-Kreis Neuss nicht. Hier wird die Integration von Migranten auf den Bereich Langzeitarbeitslose verkürzt! Der Rhein-Kreis Neuss braucht aber im Gegenteil Impulse und eine adäquate vielfältige Unterstützung für alle Migranten.

Für die, die schon bei uns leben und für die, die kommen..

Erst nach der Aufgabenkritik sollte die Budgetierung erfolgen. So etwas lernte man bereits in den 70er Jahren im Studium. Warum werden diese Erkenntnisse immer noch nicht angewandt?

Dieser Haushalt ist mit den politischen Zielen der Kreistagsfraktion von Bündnis90/DIE GRÜNEN nicht vereinbar, wir lehnen ihn deshalb ab.

Nun ist es doch eine recht konventionelle HH-Rede geworden.
Es ist eben, mit Brecht zu sprechen, schlechte Zeit für Lyrik.

Wenn Sie aufmerksam zugehört haben, werden Sie auch den Antrag, RWE-Aktien zu verkaufen, vermisst haben. Das wäre bei halbiertem Kurs wirtschaftlich unvernünftig. Hätten wir die Aktien damals zum Kurs von 88 € verkauft, wäre dem Rhein-Kreis Neuss erhebliche Mittel zur weiteren Entschuldung zugeflossen. Sie haben uns stattdessen das Märchen von der Dividendenrendite vorgetragen. Schon damals haben wir das Jonglieren mit Prozentzahlen durchschaut. Was lernen wir daraus? Ganz einfach: Der finanz- und wirtschaftspolitische Sachverstand sitzt auf dieser Seite.

Auch wenn keine Kommunalwahlen anstehen, die politischen Bedingungen und Mehrheitsverhältnisse werden sich ändern. Die Kreistagsmehrheit wird das, was die Grünen vorschlagen, zukünftig ernster nehmen müssen.
Ein „Weiter so!“ ist nicht mehr möglich.

Das sieht, und hier knüpfe ich an den Beginn der Rede an, auch ein 35jähriger Augsburger so, der sich in einer ähnlichen Situation wiederfindet, wie junge Eltern vor 25 Jahren:

Die Tochter gerade geboren, im Angesicht des Super-GAU.

„Fukushima war das letzte auslösende Moment“, sagt der junge Mann, „jetzt ist Schluss, jetzt reicht´s.“

Der Augsburger war bisher Kreis-Vorsitzender der JU, jetzt ist er Mitglied der Grünen.

Erhard Demmer